

# Keine Studie zum Straßenbahnausbau

Bad Vilbel Koalition lehnt Untersuchung zur Verlängerung der Linie ab

VON DENNIS PFEIFFER-GOLDMANN

Die Stadt Bad Vilbel wird den Bau der Straßenbahn nach Frankfurt nicht mit einer eigenen Machbarkeitsstudie forcieren. Sowohl dies wie auch das Einrichten zusätzlicher Busspuren in der Kasseler Straße lehnen CDU und FDP ab. Damit hätten die diversen Linienbusse zügig am Stau vorbeifahren können.

Nein, gerecht sei es wirklich nicht, findet Carsten Hauer. „Die Fahrgäste sitzen im Bus und müssen warten, weil der Bus in einem Stau steht, den andere verursachen“, schimpft der SPD-Stadtverordnete. Wenn sich die Autos auf der Kasseler Straße in Bad Vilbels Innenstadt dicht an dicht stauen, dann hängen auch die Busse von sieben Linien fest – und damit tausende Menschen jeden Tag, die eigentlich die Straßen und die Umwelt entlasten.

Doch eine längere Busspur in der Kasseler Straße oder auch Busspuren in anderen Vilbeler Straßen – wie es die Grünen fordern – wird es nicht geben. CDU, FDP und Freie Wähler haben in der jüngsten Sitzung des Stadtparlaments den Vorstoß ausgebremst. 15 000 Euro hatten die Grünen dafür beantragt.

Nicht nur dieser Vorstoß ist gestoppt: Auch wird Bad Vilbel den Bau der Straßenbahnlinie nach Frankfurt nicht mit einer eigenen Machbarkeitsstudie vorbereiten. 25 000 Euro wollten die Grünen dafür ausgeben, die SPD sogar 50 000 Euro – und sie fordert, die Machbarkeit der Straßenbahnstrecke von Frankfurt kommend nicht nur bis zum Süd-, sondern gleich bis zum Nordbahnhof zu beleuchten.

„Es sind genügend Mittel im Haushalt vorhanden, um Überlegungen anzustellen, wie wir den Verkehr verbessern können“, sagt CDU-Stadtverordneter Tobias Utter. Es ergebe keinen Sinn, „schon Dinge zu klären, bevor man eine Planung in Auftrag gibt“.

Zuvor müssten noch grundlegende Dinge geklärt werden. So baue man heute meistens Straßenbahnen mit eigenen Spuren, sagt Utter. Dadurch stelle sich die Frage nach dem Platz auf der Kasseler Straße. „Wir soll man da über die Nidda kommen? Da müsste man auf den Autoverkehr verzichten.“ Schon für eine Busspur sei „die Kasseler Straße denkbar ungeeignet“, schließlich bleibe dann kein Platz mehr für Radfahrer, warnt der Christdemokrat.

„Gemeinsame Spur!“ rufen da gleich mehrere Stadtverordnete von Grünen und SPD dem CDU-Mann zu. Der aber lässt sich nicht beirren: Die Planung sei nur möglich „mit den Partner in Rhein-Main“, betont Utter. „So viel auf einmal zu fordern ist verkehrt, ohne vorher zu schauen, was sinnvoll und machbar ist.“

Auch Verkehrsstadtrat Sebastian Wysocki (CDU) betont, dass genug Geld vorhanden sei. Die Stadt sei aber „nicht die richtige Instanz“, um eine solche Studie in Auftrag zu geben. „Unser Wissen im Bereich Straßenbahnbau ist gleich Null“, spielt der Erste Stadtrat den Ball nach Frankfurt weiter.

„Die CDU versteckt sich nur hinter anderen“, kritisiert Grünen-Stadtverordneter Christopher Mallmann. Gerade die Argumentationen von Utter und Wysocki sprächen just für eine Studie, nicht dagegen, betont Hauer. Die möglichen Probleme solle eine Studie gerade klären, sagt der SPD-Stadtverordnete. „Wenn die Experten dann sagen, das es nicht geht, dann ist es eben so.“